

Bedingungen der 4,875% nachrangigen Ergänzungskapital-Wandelanleihe 2003-2016/12 der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG

ISIN: AT0000347695

§ 1 Form und Nennbetrag

- (1) Die 4,875 % Ergänzungskapital-Wandelanleihe 2003-2016/12 der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG (die "Emittentin") wird ab 03. November 2003 im Wege einer Daueremission im Gesamtnominale von bis zu Nominale EUR 12.000.000,- begeben und ist in bis zu 120.000 in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Wandelschuldverschreibungen (die "Wandelschuldverschreibungen") zu je Nominale EUR 100,- mit den Nummern 1 bis zu 120.000 eingeteilt.
- (2) Die Wandelschuldverschreibungen werden zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde gemäß § 24 Depotgesetz, BGBl. Nr.650/1987 vertreten, die die Unterschriften zweier Vorstandsmitglieder der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG trägt. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Anleihestücken besteht nicht.

§ 2 Ergänzungskapital

- (1) Die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen sind Wertpapiere über eingezahltes Ergänzungskapital gemäß § 23 Abs. 7 Bankwesengesetz i.d.g.F.
- (2) Die Forderungen aus diesen Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen sind gemäß § 23 abs. 7 BWG so vereinbart, dass das eingezahlte Kapital
 - a) nur verzinst werden darf, soweit die Zinsen im Jahresüberschuss (vor Rücklagenbewegung) gedeckt sind,
 - b) vor Liquidation der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG nur unter anteiligem Abzug der während seiner Laufzeit angefallenen Nettoverluste zurückgezahlt werden darf und
 - c) im Liquidations- oder Konkursfall der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG erst nach Befriedigung der Forderungen der anderen nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen ist (Nachrangigkeit).

§ 3 Verzinsung

- (1) Die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen werden vom 03. November 2003 an mit 4,875% p.a. verzinst. Der Zinsenlauf der Wandelschuldverschreibungen endet mit dem ihrer Fälligkeit bzw. falls vom Wandlungsrecht Gebrauch gemacht wird, dem dem Wandlungstermin vorangehenden Tag.
- (2) Die Berechnung der Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr erfolgt auf Basis kalendermäßig/kalendermäßig.
- (3) Die Zinsen sind nachträglich am 03. November eines jeden Jahres (der "Kupontermin"), erstmals am 03. November 2004 fällig. Die Zinsen werden ausbezahlt, soweit sie gemäß § 2 Abs. 2 a. dieser Bedingungen im Jahresüberschuss der vorangegangenen Bilanz zum 31. Dezember Deckung finden; wobei keine Verpflichtung seitens der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG besteht, unbezahlte Zinsen aus den Jahresüberschüssen der Folgejahre zu bedienen (keine Kumulierung der Zinszahlungsverpflichtung).

§ 4 Laufzeit

Die Laufzeit der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen beginnt am 03. November 2003 und endet spätestens mit Ablauf des 02. November 2016.

§ 5 Rückzahlung

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich, die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen, so nicht gewandelt wird, spätestens am 03. November 2016 zur Gänze zum Nennbetrag zurückzuzahlen, unter Berücksichtigung des § 2 dieser Bedingungen.
- (2) Die Emittentin kann jederzeit Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen am Markt oder auf andere Weise erwerben.

§ 6 Zahlungen

- (1) Die Zahlungen erfolgen in Euro.
- (2) Sollte ein Rückzahlungstermin, Kupontermin oder sonstiger, sich im Zusammenhang mit den Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen ergebender Zahlungstermin auf einen Termin fallen, an dem die Banken in Wien nicht zum Geschäftsbetrieb geöffnet sind, so hat der Inhaber der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen erst am darauffolgenden Bankarbeitstag Anspruch auf Zahlung von Kapital und Zinsen.
- (3) Kapital und Zinsen werden den Anleihegläubigern gutgeschrieben, ohne dass, abgesehen von der Beachtung etwaiger Steuer-, Devisen- oder sonstiger Vorschriften des Landes der betreffenden Zahlstelle, die Ausstellung eines Affidavits oder die Erfüllung einer sonstigen Förmlichkeit verlangt werden darf.

§ 7 Aufrechnung, Sicherheiten

- (1) Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruches aus den Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.
- (2) Für die Verbindlichkeiten aus diesen Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen werden durch die Emittentin oder durch Dritte keine vertraglichen Sicherheiten gestellt.

§ 8 Zahlstellen

- (1) Hauptzahl- und Umtauschstelle ist die Bank Austria Creditanstalt AG und deren Filialen.
- (2) Die Gutschrift der Zinsen- und Tilgungszahlungen erfolgt über die jeweilige für den Inhaber der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen depotführende Bank.

§ 9 Haftung

Die Emittentin haftet für die Zahlung des Zinsendienstes und des Kapitals dieser Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen mit ihrem Vermögen.

§ 10 Kündigung

- (1) Eine Kündigung seitens der Gläubiger ist ausgeschlossen.
- (2) Die Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG ist berechtigt, die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen zur Gänze oder teilweise, frühestens zum 03. November 2013 unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zur Einlösung zu kündigen. Die Einlösung erfolgt zum Nennwert, unter Berücksichtigung des § 2 Abs. 2 b.
- (3) Die Kündigung der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen erfolgt durch Veröffentlichung gemäß § 15.

§ 11 Verjährung

Ansprüche aus fälligen Zinsen verjähren nach drei Jahren ab Fälligkeit, aus fälligen Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

§ 12 Wandlung

- (1) Je vier Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen im Nennbetrag von je EUR 100,- berechtigen zur Wandlung in fünf Stück auf den Inhaber lautende nennwertlose Partizipationsscheine gemäß § 23 Abs. 4 und 5 BWG der Emittentin. Dies entspricht einem nominellen Wandlungspreis von EUR 80,- pro Partizipationsschein. Die Partizipationsscheine sind ab dem 01. Dezember jenes Geschäftsjahres gewinnberechtigt, in dem die Wandlung der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen erfolgt.
- (2) Das Wandlungsrecht kann jeweils zum 03. November eines jeden Jahres ausgeübt werden. Allfällige bis zum Wandlungszeitpunkt angefallene Verluste im Sinne des § 2 Abs. 2 b sind durch entsprechende Zuzahlungen der Wandlungsberechtigten auszugleichen.
- (3) Die Ausübung des Wandlungsrechtes muss jeweils spätestens 15 Bankarbeitstage vor dem Stichtag der Wandlung der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG mittels eingeschriebenem Brief mitgeteilt werden. Die Wandlungserklärung ist doppelt auszustellen und hat die im § 165 AktG vorgesehenen Angaben zu enthalten. Die Erklärung ist für den Gläubiger bindend. Gleichzeitig ist das Wertpapierdepot bekannt zu geben, dem die in Partizipationsscheine umzutauschenden Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen zu entnehmen sind.

§ 13 Angaben über die zur Wandlung angebotenen Partizipationsscheine

- (1) Das Partizipationskapital ist eingezahltes Kapital, das der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG seitens der Partizipationsscheininhaber auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird. Das Partizipationskapital kann von der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG nur unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften zurückgezahlt werden.
- (2) Die Partizipationsscheine gewähren den Anspruch auf einen Gewinnanteil in prozentmäßig gleicher Höhe wie die auf die Aktien der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG ausgeschüttete Dividende. Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber sind gleichzeitig mit der Dividende fällig. Sie werden bei einer der unter § 7 dieser Bedingungen genannten Zahl- und Einreichstelle gegen Einreichung des jeweiligen Erträgnisscheines ausgezahlt.
- (3) Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber, welche binnen drei Jahren nach Fälligkeit nicht behoben werden, verfallen zugunsten der gesetzlichen Rücklagen der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG.
- (4) Die Partizipationsscheine nehmen wie das Grundkapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil.
- (5) Im Fall der Abwicklung werden die Partizipationsscheininhaber vermögensrechtlich den Aktionären der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG gleichgestellt. Das Partizipationskapital darf im Fall der Liquidation der ausgehenden Gesellschaft erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller anderen Gläubiger zurückgezahlt werden.
- (6) Die Partizipationsscheininhaber haben das Recht, an den Hauptversammlungen der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG teilzunehmen und Auskünfte im Sinn von § 112 AktG zu begehren.
- (7) Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte wie z.B. das Stimmrecht und die Antragstellung in der Hauptversammlung, die Bekämpfung von Hauptversammlungsbeschlüssen und das Recht auf Bezug von jungen Aktien.

- (8) Wird durch eine Maßnahme das bestehende Verhältnis zwischen den Vermögensrechten der Inhaber der Partizipationsscheine und der Aktionäre geändert, so ist dies angemessen auszugleichen. Dies gilt insbesondere bei der Ausgabe von Aktien und von in § 174 AktG genannten Schuldverschreibungen und Genussrechten; zu diesem Zweck kann auch das Bezugsrecht der Aktionäre (§ 174 Abs.4 AktG) ausgeschlossen werden.
- (9) Die Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG wird alle Bekanntmachungen über die Partizipationsscheine im Amtsblatt zur "Wiener Zeitung" veröffentlichen.
- (10) Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Partizipationsscheininhaber bedarf es nicht. Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung in der "Wiener Zeitung".
- (11) Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus den Partizipationsscheinen gilt österreichisches Recht; ausschließlicher Gerichtsstand für alle wie immer gearteten Streitigkeiten aus den Partizipationsscheinen ist das sachlich zuständige Gericht in Wien.

§ 14 Verwässerungsschutz

- (1) Im Falle einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln wird der Wandlungspreis nicht ermäßigt, statt dessen verpflichtet sich die Emittentin, den Inhabern der Wandelschuldverschreibungen, wenn die Wandlung durchgeführt wird, so viele zusätzliche Partizipationsscheine zu verschaffen, dass die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen so gestellt werden, als hätten sie das Wandlungsrecht zum Zeitpunkt der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bereits ausgeübt. Bruchteile von Partizipationsscheinen werden bei der Ausübung des Wandlungsrechtes nicht verschafft. Die Hauptzahlstelle wird sich bemühen, einen etwaigen Spitzenbetrag für Rechnung der Inhaber von Wandelschuldverschreibungen zu verkaufen oder zuzukaufen.
- (2) Eine Ermäßigung des Wandlungspreises hat unter sinngemäßer Anwendung des § 9 Abs. 1 AktG zu erfolgen.
- (3) Die Emittentin verpflichtet sich, die getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Verwässerungsschutzes, den Stichtag ab dem diese Maßnahmen gelten und gegebenenfalls die gemäß Absatz (1) erhöhte Anzahl der Partizipationsscheine, die zu liefern sind bzw. den ermäßigten Wandlungspreis unverzüglich nach erfolgter Bestimmung im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" bekannt zu machen.

§ 15 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, welche die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen betreffen, erfolgen mit Wirkung für und gegen sämtliche Inhaber der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung". Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen, so tritt an ihre Stelle die dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Tageszeitung. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht.

§ 16 Börsennotierung

Die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen werden zum Handel im Dritten Markt an der Wiener Börse angemeldet.

§ 17 Gerichtsstand

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Begebung dieser Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

§ 18 Steuerliche Behandlung

Die Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen sowie die im Wege der Wandlung erstangeschafften Partizipationsscheine der Emittentin entsprechen den Auflagen des "Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus", BGBl. Nr. 253/1993, zuletzt geändert durch das BGBl. .Nr.680/1994, idF. BGBl. I Nr. 162/2001.

Die Anschaffungskosten für den Erwerb der Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen und der Partizipationsscheine sind im Rahmen der Sonderausgabenregelung gemäß § 18 Abs.3 Z.2 des EStG 1988 als Sonderausgaben absetzbar.

Zählen die Erträge aus den Ergänzungskapital-Wandelschuldverschreibungen und den Partizipationsscheinen beim Anleger zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gemäß § 27 EStG 1988, so ist für die Zeit der Hinterlegung dieser Wertpapiere bei einer inländischen Bank im Ausmaß bis zu 4 % des Nennbetrages keine Kapitalertragsteuer (KESt) abzuziehen.

Die Einkommensteuer gilt für die gesamten Kapitalerträge inklusive des KESt-freien Anteils gemäß § 97 EStG 1988 als abgegolten.

Ebenso abgegolten ist die Erbschaftssteuer für den Erwerb von Todes wegen gemäß § 15 Abs.1 Z.17 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes 1955.

Allfällige gesetzliche Änderungen, insbesondere der Steuergesetze sind vorbehalten und gehen nicht zu Lasten der Gesellschaft.

§ 19 Sonstiges

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

Wien, im November 2003.